

Kathrin Vogler

- (A) des SGB V der Pharmaindustrie etwa eineinhalb Milliarden Euro jährlich geschenkt. Sie haben nämlich die Herstellerrabatte zugunsten der Krankenkassen auf besonders teure Arzneimittel von 16 auf 7 Prozent verringert. Der nächste Anschlag auf die Taschen der Beitragszahlerinnen und -zahler war das GKV-Finanzierungsgesetz von 2014. Da haben Sie die Festschreibung des Arbeitgeberbeitrags weiter verewigt. Sie haben außerdem beschlossen, dass künftig alle Kostensteigerungen allein von den Versicherten, also von den Beschäftigten sowie den Rentnerinnen und Rentnern, zu tragen sind.

(Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Der Kollege Lauterbach hat gesagt, dass das gut war!)

Seit Anfang dieses Jahres finden die Menschen deswegen eine saftige Erhöhung ihrer Krankenkassenbeiträge auf dem Lohnzettel. Eigentlich müssten die Krankenkassenbeiträge noch einmal erhöht werden. Aber weil Sie das in einem Wahljahr nicht gebrauchen können, greifen Sie nun auf die Rücklagen bzw. die Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds zurück, damit die Beiträge nicht so brutal steigen. Das alles sind Taschenspielertricks, die am zentralen Problem nichts ändern.

Ich freue mich übrigens, dass die SPD das Thema paritätische Finanzierung wiederentdeckt hat. Die paritätische Finanzierung, also das Prinzip, dass Arbeitgeber und Rentenkasse die Hälfte der Beiträge zahlen, haben Sie zusammen mit den Grünen 2003 tatsächlich abgeschafft. Aber wir wollen da überhaupt nicht nachtragend sein. Wir laden Sie ein, diese Ungerechtigkeit zu beseitigen. Das können wir gerne zusammen machen.

- (B) (Beifall bei der LINKEN)

Dann kam eine ganze Reihe von Reformen, mit denen diese Bundesregierung staatliche, also gesamtgesellschaftliche Aufgaben, privatisiert und aus dem Bundeshaushalt ausgelagert hat. Jetzt müssen die Versicherten mit ihren Pflichtbeiträgen alle möglichen Projekte dieser Bundesregierung finanzieren. Ich nenne als Beispiele nur das Krankenhausstruktur- sowie das Finanzierungs- und Qualitätsgesetz, das Präventionsgesetz, das GKV-Versorgungsstärkungsgesetz, das E-Health-Gesetz mit dem Milliardengrab elektronische Gesundheitskarte und – last, but not least – die Privatisierung der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland. Da haben Sie zunächst den Etat ordentlich aufgestockt, was die Linke unterstützt hat. Andererseits haben Sie durch eine Ausschreibungsregel dafür gesorgt, dass das nun nicht mehr Verbraucher- und Patientenschutzorganisationen machen, sondern ein Callcenter im Besitz eines Finanzinvestors. Das ist wirklich ein Skandal.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie in Ihrem Koalitionsvertrag schreiben: „Im Zentrum unserer Gesundheitspolitik stehen die Patientinnen und Patienten und die Qualität ihrer medizinischen Versorgung“, dann fragen Sie doch einmal diese Patientinnen und Patienten, was bei ihnen angekommen ist. Seit 2013 wurden 43 Krankenhäuser geschlossen, und zwar nicht in den übertversorgten Gebieten, sondern auf dem Land. 2 665 Betten wurden stillgelegt, aber es wurden

- 400 000 Fälle mehr behandelt. Gleichzeitig haben die zehn größten Klinikkonzerne im letzten Jahr fast 1 Milliarde Euro Gewinn gemacht, alles aus Steuergeldern und den Mitteln der gesetzlich Versicherten. Deswegen sage ich Ihnen: Die Gesundheitspolitik dieser Koalition ist nicht im Interesse der Patientinnen und Patienten, nicht im Interesse der gesetzlich Versicherten. Deswegen müssen Sie sie verändern.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Kathrin Vogler. – Nächster Redner: Burkhard Blienert für die SPD.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Burkhard Blienert (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Über 15 Milliarden Euro beträgt der Etat des Bundesgesundheitsministeriums. 14,5 Milliarden Euro davon, der übergroße Anteil, gehen in den Gesundheitsfonds – meine Vorredner haben schon darauf hingewiesen –, wie versprochen. Das Versprechen haben wir gehalten. Es ist wieder mehr Geld geflossen.

- Disponible Mittel finden sich vorwiegend in nur ganz wenigen Bereichen wie Prävention und Forschung. Insgesamt sind es rund 125 Millionen Euro, die – das ist unsere Aufgabe – sinnvoll und zielführend eingesetzt werden müssen. Das heißt konkret: Wir wollen mit diesem Geld Präventions- und Aufklärungsmaßnahmen weiter ausbauen, Projekte stärken sowie Forschung intensivieren.

Eines ist doch eigentlich sicher: Ohne geeignete Vorsorgeangebote kommen wir in der Gesundheitspolitik nicht voran. Die Krankenkassen haben allein im ersten Halbjahr 2016 für Präventionsleistungen 224 Millionen Euro ausgegeben. Aus meiner Sicht ist das im Sinne der Patientinnen und Patienten, der Beitragszahlerinnen und der Beitragszahler gut investiertes Geld.

Ich bin froh, dass wir in dieser Wahlperiode schon sehr vieles im Gesundheitsbereich angepackt und beschlossen haben: das Präventionsgesetz, das GKV-Versorgungsstärkungsgesetz, das Krankenhausstrukturgesetz, mehrere Pflegereformgesetze und, und, und. Das alles ist Ausdruck unserer konsequenten Linie, die medizinische, pflegerische und präventive Versorgung der Bevölkerung dauerhaft zu verbessern. Dadurch wird aus vielen Einzelmaßnahmen etwas Ganzes.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Alle Gesetze geben konkrete Antworten auf die Herausforderungen einer steigenden Belastung im Arbeitsleben, einer älter werdenden Bevölkerung und der Versorgung vieler Hilfs- und Schutzbedürftiger.

An dieser Stelle möchte ich auch die nicht vergessen, die genau diese Hilfe leisten, die den Kranken und Pflegebedürftigen helfen, also die Krankenschwester, den

Burkhard Blienert

- (A) Altenpfleger, die Ärztin, aber auch den Therapeuten in der Reha. Es ist an uns, erst einmal Danke zu sagen, dass diese Menschen diese Arbeit leisten.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie der Abg. Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE])

Sie alle leisten damit einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft. In dem Wissen darum, dass wir auf diese helfenden Hände in einer älter werdenden Gesellschaft nicht verzichten können, muss Politik dafür Sorge tragen, dass wir auch weiterhin genügend Nachwuchs in diesen Bereichen ausbilden.

(Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da hapert es ordentlich!)

Eine Baustelle haben wir; das ist im Pflegeberufbereich der Fall. Diese werden wir angehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen einen wichtigen Beitrag leisten, um dieses Berufsfeld attraktiv zu machen.

Die medizinische Versorgung müssen wir ebenfalls in den Blick nehmen. Wir müssen die Entwicklung genau beobachten und der drohenden Unterversorgung gerade im ländlichen Raum entgegenwirken. Mit dem Versorgungsstärkungsgesetz haben wir schon einen Teil geleistet. Mit der Reform des Medizinstudiums werden wir die Allgemeinmedizin für die Studierenden attraktiver machen. Dafür ist eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund und Ländern nötig, von Gesundheits- wie auch Bildungspolitikern. Aber ich denke, dass der Masterplan Medizinstudium dort einen wichtigen Beitrag leisten kann.

- (B)

Apropos Geld: Auf die 600 Millionen Euro ist schon hingewiesen worden. Die Finanzreserven der Kassen belaufen sich auf mittlerweile 15,1 Milliarden Euro. Trotzdem wird uns die Debatte um die Zusatzbeiträge auch im Herbst weiterhin beschäftigen. Wir haben es bei der Debatte heute schon gesehen: Das Schwarze-Peter-Spiel geht natürlich weiter. Wer ist denn schuld an diesen Zusatzbeiträgen? Ich möchte davor warnen, dieses Spielchen tatsächlich so fortzusetzen.

Eins ist klar: Leistungsverbesserungen im Gesundheitswesen, die wir ja gemeinsam wollen, kosten Geld. Natürlich tragen auch Kostensteigerungen in den einzelnen Bereichen dazu bei. Das Kernproblem liegt woanders. Die heutige Geschichtsstunde hat gezeigt, dass wir darüber intensiv reden müssen: Den Zusatzbeitrag finanzieren im Moment allein die Arbeitnehmer. – Das war ein Blick zurück. Wichtiger ist mir ein Blick nach vorne. Mein Kollege Karl Lauterbach hat schon darauf hingewiesen: Die jetzige Regelung ist ein Fehler. An dieser Stelle müssen wir wieder für mehr Gerechtigkeit sorgen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Die Arbeitgeber müssen zurück ins Boot. Wir müssen zurück zur paritätischen Finanzierung. Die steigenden Zusatzbeiträge einseitig bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu belassen, das kann es nicht sein. Wer von Fortschritt und Strukturen profitiert, der muss dazu

auch seinen Beitrag leisten. Das gilt für Versicherte und Arbeitgeber. Deshalb ist die Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung für uns von höchster Priorität. (C)

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Kathrin Vogler [DIE LINKE])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch kurz auf die Gesundheitsforschung eingehen. Wir brauchen dort dringend eine auskömmlich finanzierte Forschung, um den „Beipackzettel“ der Gesetze richtig zu schreiben. Wenn ich allein an den Drogen- und Suchtbereich denke, so wird mir klar: Wir benötigen Forschung zum Thema E-Zigarette, zur FASD-Diagnostik und natürlich auch, ganz aktuell, die angedachte Begleiterhebung beim Gesetzgebungsverfahren „Cannabis als Medizin“. Ich begrüße ausdrücklich, dass die Drogenbeauftragte mit dem Gesetzentwurf nun endlich ihren Ankündigungen in diesem Bereich Taten hat folgen lassen. Wir werden hierzu Ende September eine Anhörung durchführen, und wir werden sehen, ob wir an der einen oder anderen Stelle noch nachjustieren müssen.

Über eins bin ich mir im Klaren: Die im Haushalt bisher veranschlagten 850 000 Euro für die Begleiterhebung sind nur der erste Ansatz. Wir müssen über eine Grundlagenforschung an dieser Stelle nachdenken. Dabei sollten wir Gesundheitspolitiker zusammen mit unseren Bildungs- und Forschungskolleginnen und -kollegen vorgehen. Ich appelliere an beide Gruppen, in diesem Bereich dringend die Grundlagenforschung zu stärken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Helmut Heiderich [CDU/CSU])

(D)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Haushaltsentwurf haben wir ein ausgewogenes Konzept vorgelegt, das unsere Arbeit in der Koalition fortschreibt. Ich denke, wir werden gute Beratungen haben, um aus diesem Haushalt einen noch besseren Haushalt zu machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Burkhard Blienert. – Nächste Rednerin: Maria Klein-Schmeink für Bündnis 90/Die Grünen.

Maria Klein-Schmeink (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Liebe Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Haus! Sehr geehrter Herr Minister! Wenn ich die bisherige Debatte Revue passieren lasse, dann frage ich mich angesichts des Wahlergebnisses vom Sonntag: War das hier eigentlich eine angemessene Diskussion um einen ganz wesentlichen Pfeiler unserer sozialen Absicherung in Deutschland? War das angemessen, was wir hier gehört haben? Ist es angemessen, sich in ganz kleinteiligen Debatten zu verlieren?

(Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Was war denn hier kleinteilig? – Maria Michalk [CDU/CSU]: Das ist doch falsch!)